

Die verfassungsmäßige Verankerung der Rechte der freien Gewerkschaften als der umfassenden Klassenorganisation der Arbeiterklasse und vor allem die Erweiterung ihrer Mitbestimmung und Mitgestaltung in Staat und Wirtschaft wurden als bedeutende Errungenschaft gewürdigt. Westdeutsche Arbeiter erklärten auf der 27. Arbeiterkonferenz in Leipzig, daß die sozialistische Verfassung den grundlegenden Unterschied zwischen der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung in der Deutschen Demokratischen Republik und dem imperialistischen System in Westdeutschland deutlich macht. Zum ersten Mal sind in einer deutschen Verfassung die grundlegenden Rechte der Gewerkschaften verankert. In der Diskussion erklärten westdeutsche Gewerkschafter, daß die imperialistischen Machthaber immer neue Wege und raffiniertere Methoden ersinnen, um die Bürger Westdeutschlands von der Politik abzuhalten und sie über ihre wahren Absichten zu täuschen. Durch die Notstandsgesetze sollen die letzten Reste der Demokratie abgebaut werden. Jede oppositionelle Regung soll schon im Keim erstickt werden. Deshalb ist der Kampf der Gewerkschaften Westdeutschlands gegen die Notstandsgesetze und um eine echte Mitbestimmung eine Lebensfrage für alle Bürger Westdeutschlands.

Im Gegensatz zu den westdeutschen Unternehmerverbänden unterstützen die Werktätigen der DDR in der Volksausssprache die Forderungen und den Kampf der westdeutschen Gewerkschaften um eine echte Mitbestimmung in Wirtschaft und Politik. Westdeutsche Arbeiter betonen zu Recht, daß durch eine echte Mitbestimmung die negativen Auswirkungen, die die wissenschaftlich-technische Revolution unter den Bedingungen der imperialistischen Profitwirtschaft für die Werktätigen bringt, eingeschränkt werden können. Sie halten die vom westdeutschen Gewerkschaftsbund ausgearbeitete Gesetzesvorlage für einen ersten Schritt in dieser Richtung. In der Diskussion äußerten die Werktätigen der DDR ihr Vertrauen in die westdeutschen Arbeiter, daß sie ihre nationale Verantwortung immer klarer erkennen werden und im Kampf um die Mitbestimmung in Politik und Wirtschaft nicht nachlassen.

Viele Arbeiter äußerten die Überzeugung, daß unsere sozialistische Verfassung dazu beitragen wird, die westdeutschen Gewerkschafter in diesem Kampf zu unterstützen. Entscheidend ist die Machtfrage. Wer hat die Macht im Staate und in der Wirtschaft - die Werk-